

Statement von Madita Fester, EU-Kandidatin für die münsteraner SPD:

Liebes Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung,

Hiermit lasse ich euch meine Stellungnahme zukommen:

- Die Verankerung des Grundrechts auf sexuelle und reproduktive Gesundheit findet sich bei uns im Wahlprogramm, wie auch in der von der SPE und S&D beschlossenen Frauenrechtscharta. Gleichheit und Freiheit kann es nur geben, wenn es möglich ist selbst über den Körper zu entscheiden.
- Wir bekennen uns umfassend zur Charta der Grundrechte der EU und machen uns für den sicheren Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen stark
- Wir verurteilen jene Staaten, die reproduktive Rechte einschränken. Wer die Rechte von Frauen und genderqueeren Personen einschränken will, verletzt damit die Grundwerte der EU und soll dafür sanktioniert werden können.
- Die Gender Equality Strategie wollen wir auch über 2025 hinaus voranbringen und die bisherigen Maßnahmen evaluieren und hieraus neue Handlungsoptionen für weiterführende Jahre erarbeiten. Kinder und Frauen müssen konsequent vor Armut geschützt werden und die Möglichkeit haben, sich frei zu entwickeln. Hierzu gehört auch Abhängigkeiten innerhalb von Partnerschaften zu reduzieren und Gewalt gegen Frauen und Femizide zu benennen und europaweit konsequent zu bestrafen
- Wir wollen das European Institute for Gender Equality finanziell und personell stärken
- Insbesondere im Bereich der finanziellen Unterstützung für geschlechterbasierte Forschung sehen wir Verbesserungsbedarf, dazu gehören auch jene zu reproduktiven Rechten und die Bildung in Schulen hinsichtlich evidenzbasierter Geschlechterforschung
- Auch die EU verfolgt das Ziel der feministischen Außenpolitik und unterstützt Frauen und genderqueere Personen im nicht-EU-Ausland. Für die Stärkung setzen wir uns ein.

Dort wo Demokratie abgebaut wird, trifft es zuerst Frauen. Autokratische Staaten fördern überholte Rollenbilder und sind auf die angeblich natürlichen und kulturellen Unterscheidungen zwischen Mann und Frau angewiesen. Ein Staat in dem Männer Lohnarbeit verrichten und Frauen Care-Arbeit übernehmen, unterdrückt die freie Entfaltung von Frauen. Das gilt es zu durchbrechen.

In Polen wurde das Recht von Frauen einen Schwangerschaftsabbruch durchzuführen unter der PiS-Partei massiv eingeschränkt. Auch die LGBTQI-freien Zonen in Polen waren sinnbildlich dafür, dass undemokratische Kräfte zuerst an jenen Rechten schneiden, die das patriarchale Weltbild der Rechten und Ultrakonservativen bedroht. Eine demokratische Gesellschaft schützt Frauen und LGBTQI und überlässt ihnen das Recht, über ihren eigenen Körper zu entscheiden und gibt die Chance gleichberechtigt an der Gesellschaft teilzunehmen. Dafür braucht es neben einer Gesetzgebung, die diese Rechte garantiert, vor allem finanzielle Mittel, um Aufklärungsarbeit zu leisten, Organisationen zu unterstützen, die sich für Gleichberechtigung einsetzen und Investitionen in Forschung zu den Themen reproduktive Rechte. Die Gender Health Gap gilt es zu schließen. Im EU-Parlament setzen wir uns insbesondere für die Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen ein und dafür Frauen effektiv vor Armut zu schützen. Dazu gehört, finanzielle und ökonomische Abhängigkeiten zu beenden. Nicht zuletzt wollen wir einheitliche Standards bei der Strafbarkeit im Falle von Gewalt gegen Frauen. Damit einhergehend braucht es einen Aktionsplan, der aufklärt und patriarchale Rollenbilder abbaut sowie Möglichkeiten des Schutzes vor Gewalt eröffnet. Partnerschaftsgewalt und Femizide müssen thematisiert und

bekämpft werden. Ein demokratisches Europa ist ein sicheres Europa für Frauen. Dafür möchte ich mich einsetzen.